

Schmiedtbauer: „Nachhaltig bewirtschaftete Wälder gegen den Klimawandel“

Utl.: Brauchen starke EU-Forststrategie/Keine Kürzung der EU-Mittel für Forstwirtschaft/Unterstützung gegen Folgeschäden des Klimawandels notwendig

Brüssel, 22. Jänner 2020 „Im Kampf gegen den Klimawandel gibt es keine größere Unterstützung als unsere nachhaltig bewirtschafteten Wälder. Wir brauchen daher eine starke EU-Forststrategie, die Klarheit schafft, uns Land- und Forstwirte als wichtigen Teil der Lösung für den Green Deal anerkennt und adäquat unterstützt. Wir können keine Kürzungen in der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik hinnehmen, aus der auch wir Waldbesitzer gefördert werden. Und wir brauchen öffentliche Gelder, um die immer fataleren Folgeschäden des Klimawandels in unseren Wäldern zu stemmen - zum Beispiel durch die Ausweitung des EU-Solidaritätsfonds“, sagt Simone Schmiedtbauer, ÖVP-Agrarsprecherin und Co-Vorsitzende der Arbeitsgruppe für nachhaltige Forstwirtschaft im Europaparlament zur heutigen Ausschussdebatte über den Forderungskatalog des Parlaments für die EU-Forststrategie.

„Der Wald hat nicht nur eine immense Senkenwirkung für Treibhausgase - ein Kubikmeter Holz speichert eine Tonne CO₂ - er spielt auch eine wesentliche Rolle beim Ersatz erdölbasierter Produkte. Holz soll als Baustoff der Zukunft etabliert werden. Der Wald muss daher klima- und zukunftsfit gemacht werden. Was wir heute anpflanzen, ist der Zukunftswald von morgen“, sagt Schmiedtbauer. „Um dorthin zu gelangen, müssen wir den aktuellen Druck auf die Land- und Forstwirtschaft durch Klimaextreme lindern. Denn Hitzewellen und Dürren einerseits, Überschwemmungen und Hochwasser andererseits führen zu niedrigeren Erträgen, weniger Futter für unsere Tiere und einem vermehrten Aufkommen von Schädlingen und Krankheiten. Im Wald ist hier der Borkenkäfer anzuführen, der in zahlreichen Mitgliedstaaten zu enormen Schadholzmengen führt.“

„Für die EU-Forststrategie müssen wir zudem das Drei-Säulen-Prinzip der nachhaltigen Entwicklung außer Streit stellen. Das heißt, Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft müssen gleichwertig berücksichtigt werden“, schließt Schmiedtbauer.